



## GLEICHSTELLUNGSBERICHT CEDAW

# Kanton Aargau in der Pflicht

**Die UNO-Konvention gegen jegliche Diskriminierung der Frauen CEDAW (Committee on the Elimination of Discrimination against Women) wurde am 18.12.1979 von der UN-Generalversammlung verabschiedet und bisher von 186 Staaten ratifiziert. Sie muss endlich umgesetzt werden.** Doris Stump

Mit der Ratifizierung der UNO-Konvention gegen jegliche Diskriminierung der Frauen hat sich die Schweiz zu einer regelmässigen Berichterstattung zur Gleichstellung verpflichtet. Die zuständige UNO-Kommission hat im letzten Jahr vom 3. Bericht Kenntnis genommen und Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Frauen formuliert.

### Bundesrat versteckt sich hinter Föderalismus

Diese Empfehlungen sind an den Bundesrat gerichtet. In einer Interpellationsantwort bestätigt dieser zwar, dass er von den Empfehlungen Kenntnis genommen hat, will aber nicht mehr finanzielle Mittel zur Umsetzung einsetzen und verweist darum vieles in die Kompetenz der Kantone. Die Konsequenz dieser föderalistischen Regelung ist eine mangelhafte und im besten Fall sehr unterschiedliche Umsetzung der Gleichstellung der Frauen und Männer in den Kantonen. Das beginnt mit der Existenz von Gleichstellungsbüros, geht über die Umsetzung des Opferschutzes, familienergänzende Kinderbetreuung und weiteres mehr.

### Kantone sollen umsetzen

Gleichstellung ist ein Menschenrecht. Sie ist in der Verfassung verankert. Wir müssen in den Kantonen für ihre Umsetzung sorgen. Das betrifft Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen, Sozialwesen, Kulturförderung, Sportförderung, Gleichstellungsbüros oder Genderbudgeting. Gemäss CEDAW-Kommission sollte die Schweiz dringend, «ihre Bemühungen [...] verstärken, [...] stereotype Bilder

derforschung werden weder in der Ausbildung der LehrerInnen noch in der Schule systematisch umgesetzt.

### Aktionsplan des Europarats

Gender Mainstreaming verlangt, dass Gleichstellung in allen Bereichen und auf allen Ebenen ständig mitgedacht und umgesetzt wird. Sie wurde erfolgreich in den nordischen Ländern eingesetzt, wo Frauen sowohl in der Politik wie in der Wirtschaft besser vertreten sind als in der Schweiz. Gender Budgeting ist eine Methode, die aufzeigt, welches Geschlecht von den öffentlichen Geldern am meisten profitiert. In der Schweiz haben bisher nur ein-



und Einstellungen hinsichtlich der Rolle der Frau und des Mannes in Familie und Gesellschaft zu beseitigen».

### Im Bildungsbereich ansetzen

Vor allem im Bildungsbereich, der in die Kompetenz der Kantone fällt, muss noch viel getan werden. Obwohl Mädchen gute Schulleistungen erbringen, beschränken sie sich bei der Berufswahl auf traditionell weibliche Berufe mit tiefem Einkommen und wenig Karrieremöglichkeiten. Nach wie vor werden in Schulbüchern veraltete Rollenstereotype propagiert, und die Ergebnisse der Gen-

zelle Kantone damit gearbeitet. Diese und weitere Forderungen wurden auch an der letzten Ministerkonferenz des Europarats in einem Aktionsplan für die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann aufgenommen. Wir sollten endlich lokal und kantonal umsetzen, was seit Jahren international formuliert ist und gefordert wird.

**Doris Stump** aus Wettingen ist als Nationalrätin Präsidentin der schweizerischen Delegation an die IPU (Interparlamentarische Union). Die IPU arbeitet intensiv mit ParlamentarierInnen an der Umsetzung von internationalen Verträgen, unter anderem auch am CEDAW.

## EDITORIAL

### Jetzt geht's los

Der ordentliche Parteitag in Reinach hat das Projekt Strukturreform abschliessend behandelt. An



dieser Stelle möchte ich nochmals der Projektgruppe mit Beat Frischknecht, Barbara Kunz-Egloff, Ruedi Lanz, Barbara

Loppacher und Kathrin Nadler für den grossen Einsatz herzlich danken.

Was wurde entschieden? Die Konferenz der Bezirksparteipräsidien wurde personell und von den Zuständigkeiten her erweitert, heisst neu Parteirat und wird auf Anfang September zum ersten Mal einberufen. Die Geschäftsleitung wurde personell verkleinert – die personelle Besetzung der GL und des formal gestärkten Parteipräsidiums erfolgt durch die Parteibasis am Parteitag vom 28. Juni im KIFF in Aarau. Kurz: Die Positionen und politischen Inhalte der SP Aargau sind geklärt (Positionspapiere 2008), die Prioritäten durch die Basis gesetzt. Und die offenen strukturellen Fragen wurden durch den Parteitag vom 8. Mai geklärt.

Ab Mitte Jahr steht dann viel konkrete Arbeit für die involvierten Gremien an: Vorbereitungsarbeiten für die nationalen Wahlen (im Zeitplan), Kampagnen-Feinplanung für die drei kantonalen Initiativen, als nationale Projekte die Cleantech-Initiative sowie erste Vorbereitungen für die nächsten Grossratswahlen. Dazu noch «tages»-aktuelle kantonale Sachpolitik und ein Auf- respektive Ausbau der personellen Netzwerke.

In die SP kommt Bewegung. Die Arbeit geht uns nicht aus – und das ist auch gut so. Ich hoffe, Ihr seht das auch so.

**Marco Hardmeier** von Aarau ist Präsident der SP Aargau

### CEDAW

Informationen zu CEDAW gibt es beim eidgenössischen Büro für die Gleichstellung ([www.ebg.admin.ch/dokumentation/00012/00198/index.html?lang=de](http://www.ebg.admin.ch/dokumentation/00012/00198/index.html?lang=de)) oder [www.postbeijing.ch/cms\\_upload/pdf/Cedaw-Schattenbericht-08-lang.pdf](http://www.postbeijing.ch/cms_upload/pdf/Cedaw-Schattenbericht-08-lang.pdf).

## INTERVIEW

## Neues Parteiprogramm

*links.ag: Eva Schaffner, die SP Aarau diskutiert zusammen mit den Sektionen des Bezirks das neue Parteiprogramm der SP Schweiz. Wie wichtig für die tägliche politische Arbeit ist dieses Programm? Welche SP präsentiert sich darin?*

Eva Schaffner: Das neue Parteiprogramm vergegenwärtigt die wichtigsten Grundwerte sozialdemokratischer Politik: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Darauf soll unser alltägliches politisches Handeln basieren und daran wollen wir gemessen werden.

Das Parteiprogramm zeigt auch Lösungen für die Herausforderungen unserer heutigen Welt: Den schädlichen Auswirkungen der



Globalisierung auf Umwelt und Wirtschaft begegnen wir mit Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie – konkret mit der Förderung erneuerbarer Energien oder mit klaren gesetzlichen Leitplanken für Finanzwirtschaft und Banken.

Für die Alltags-tauglichkeit muss der Entwurf noch tüchtig überarbeitet, diskutiert und sprachlich entschlackt werden. Werte mit konkreten Lösungen zu verbinden – das ist aus meiner Sicht die Stärke der Sozialdemokratie, und so zeigt sich die SP im neuen Parteiprogramm.

*Wird die SP nun für Wählerinnen und Wähler attraktiver?*

Ja. Die SP ist die einzige Partei, die in einer Zeit der abgehackten, mediengerechten Kurzstatements ihre politischen Werte und Haltungen breit und demokratisch diskutiert. Das stärkt unsere Glaubwürdigkeit.

*Welches sind Deine politischen Schwerpunkte?*

Bildung, Familien- und Sozialpolitik: Für diese Aufgaben braucht der Staat genügend finanzielle Mittel. Finanzpolitik ist aus diesem Grund mein vierter Schwerpunkt.

**Eva Schaffner** von Aarau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Stab der Amtsleitung Berufsbildung und Berufsberatung in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

## NWA NIE WIEDER ATOMKRAFTWERKE REGIONALGRUPPE AARGAU

# Gegen Atom – für Cleantech

**Atomkraftwerke will die Atomindustrie bauen. Dabei steht fest: Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2009, notabene im Auftrag der Alpiq, wollen nur 3 Prozent der Befragten Atomstrom in ihrem Strommix. Da wird also vollkommen am Bedürfnis der Bevölkerung vorbei geplant.** Lotty Fehlmann

Wir von NWA Aargau setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese unselige Technologie endlich zu einem Ende geführt und keine zweite Generation AKWs gebaut wird. Gründe für unser Engagement gibt's mehr als genug:

- Der Abbau des Urans hinterlässt in den Abbaugebieten eine Sauerei sondergleichen: Für jede Tonne verwertbares Uranerz fallen bis zu 2000 Tonnen strahlender, umweltbelastender Abraum an.



- Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Es ist vollkommen naiv zu meinen, in unseren AKWs könnten keine schwerwiegenden Unfälle passieren. Um so mehr, wenn man bedenkt, dass die beiden Beznau-Reaktoren in unserem Kanton die ältesten dieses Typs auf der ganzen Welt sind!

- In der Umgebung von AKWs wird, auch im Normalbetrieb, eine erhöhte Krebsrate bei Kindern festgestellt.

- Ein neues AKW kostet rund 10 Milliarden Franken (vergleiche die Kalamitäten um Block 3 des EPR-Reaktors in Olkiluoto/Finnland). Die Citibank – nicht gerade Teil der Anti-AKW-Bewegung – stellte im November 2009 in einer Studie fest «New Nuclear – The Economics

say no» («Neue Kernkraft – Ökonomen sagen nein»). Neue AKWs sind mit anderen Worten ein ökonomischer Unsinn.

- Lediglich eine Haftpflicht von 1,8 Milliarden Franken muss bei Unfällen von den Betreibern aufgebracht werden. Das Bundesamt für Zivilschutz hat die Schäden eines Unfalls vom Typ Tschernobyl auf 4200 Milliarden Franken geschätzt.

- Die Produktion von Atomstrom führt zu hoch radioaktivem Abfall, der bis zu einer Million Jahre lang tödlich strahlt. Nirgends auf der Welt existiert dafür ein Endlager, da schlicht noch keine Lösung dafür gefunden worden ist.

Die Atomkraft hat aber nicht nur ausgedient, weil so viele Gründe gegen sie sprechen, sondern weil wir sie nicht mehr brauchen. Das bestehende Effizienzpotenzial ist enorm. Gleichzeitig hat die Technologie der neuen erneuerbaren Energieträger derart rasante Fortschritte gemacht, dass sie heute eine echte Alternative darstellt. Und sie schafft Tausende von Arbeitsplätzen.

Unser Widerstand ist gefragt. Also gründeten wir im Dezember 2008 NWA Aargau. Verschiedene prominente SP-Mitglieder waren massgeblich daran beteiligt. Schliesslich handelt es sich um ein Kernthema unserer Partei – siehe Cleantech-Initiative!

Wir arbeiten aber auch eng mit anderen politischen Parteien und Organisationen zusammen. So kam es zur von sechs Organisationen getragenen Aktion «Stopp Beznau» und zur Demo «MenschenStrom gegen Atom, an der dieses Jahr an Pfingsten 5000 Personen teilnahmen.

Unser Ziel ist sonnenklar: Das Schweizer Stimmvolk stimmt im Jahr 2013 NEIN zu neuen AKWs. Und ein spezieller Erfolg wäre: Selbst das Aargauer Stimmvolk sagt NEIN!

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr Mitglied von NWA werdet, denn wir brauchen viel Kraft und Energie, um unser Ziel zu erreichen! Weitere Informationen unter [www.nwa-aargau.ch](http://www.nwa-aargau.ch); [nwa-aargau@gmx.ch](mailto:nwa-aargau@gmx.ch).

**Lotty Fehlmann Stark** von Aarau ist SP-Einwohnerrätin und Präsidentin der NWA Aargau.



## BILDUNGSPOLITISCHE POSITIONEN DER SP AARGAU

# Ohne Anfang und ohne Ende

**Die Bildungspolitik im Aargau stagniert seit mehr als einem Jahr. Die SP Aargau legt dem Parteitag vom 28. Juni 2010 ihre aktuellen Positionen zu einer erfolgreichen aargauischen Bildungspolitik vor. Für diese braucht es nun genügend Finanzen und personelle Ressourcen auf allen Schulstufen sowie eine wirksame Frühförderung. Regierung und Parlament müssen auch endlich spürbare Massnahmen gegen den Personalmangel an der Volksschule ergreifen. Wir veröffentlichen im folgenden die revidierten Positionen zur Aargauer Bildungspolitik.**

Bildungspolitik ist mehr als eine Unterabteilung der Wirtschaftspolitik. Sie ist letztlich ein unverzichtbares Fundament für eine zukunftsverantwortliche Kultur- und Gesellschaftspolitik. Und darum muss ihre Entwicklung – auch im Aargau – förderlich und sorgsam weitergehen! Für die Kinder und Jugendlichen von heute heisst das, dass die Schule auch weiterhin als ganzheitliche und lebendige Gemeinschaft für möglichst alle einen innerlich und äusserlich abgestimmten Lebens-, Lern- und Erfahrungsraum abgibt.

Diesen beleben sie erwartungsvoll, neugierig, selbständig, kenntnis- und erfahrungsreich, um darin individuell Verständnis, Verlass, Orientierung, Wissen, Können und Sinn zu finden – stets mit einem starken Bezug zum Gemeinwesen, in dem und für das sich zu leben lohnt.

## Ausgangslage

Der Bildungsbericht Schweiz 2010 ortet im Bereich der Volksschule drei Hauptprobleme, die einer Verbesserung bedürfen:

1. Nach der Annahme der Bildungsrahmenverfassung in der schweizerischen Bundesverfassung im Mai 2006 besteht eine Harmonisierungspflicht für die Kantone. Für den Kanton Aargau ergibt sich daraus die Pflicht, seine Volksschulstruktur der übrigen Schweiz anzupassen.

2. Der Bildungserfolg von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ist nach wie vor ungenügend. Wie bereits bei PISA 2000 festgestellt, erreichen auch heute noch rund 15 Prozent der Schulabgänger und Schulabgängerinnen die grundlegenden Bildungsziele der Volksschule nicht. In dieser wesentlichen Frage wurden in den letzten zehn Jahren keine Fortschritte erzielt.

3. Das Interesse am Lehrberuf ist bedenklich gesunken. Die aargauische Volksschule samt Kindergarten benötigt jährlich rund 500 Pädagogische-Hochschule-Studierende, die den Beruf Lehrerin/Lehrer ergreifen. Tatsächlich steht für die kommenden Jahre aber nur etwa ein Drittel der benötigten Anzahl zur Verfügung.

## Die SP Aargau setzt sich ein für:

- das Recht jedes Kindes auf eine ihm entsprechende Ausbildung, unabhängig von der finanziellen Situation der Familie, seinem Geschlecht, seiner Herkunft und seinem Wohnort. Die Chancengerechtigkeit für alle Menschen ist und bleibt oberstes Ziel jeglicher Bildungspolitik.

## Bildungspolitik ist mehr als eine Unterabteilung der Wirtschaftspolitik.

- eine starke öffentliche Schule, deren Hauptaufgabe in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus die Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu selbständigen, verantwortungsbewussten, gesunden und gemeinschaftsfähigen Menschen ist.

## Um dies zu erreichen, fordern wir

- eine frühe Förderung der Kinder. Die ersten Jahre eines Kindes sind für ein erfolgreiches Schul- und später auch Berufsleben entscheidend. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten oder fremdsprachigen Familien sollen bereits vor dem Eintritt in den Kindergarten Unterstützung und Förderung erfahren und Gelegenheit haben, unter anderem ihre Deutschkenntnisse aufzubauen und zu verbessern. Es sind die gesetzlichen Grundlagen für ein selektives Obligatorium bei der frühen Deutschförderung zu schaffen.

- einen individuellen Einstieg in die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen in der Spiel- und Lernumgebung des Kindergartens. Der Zugang zur Welt der Buchstaben, Wörter und Texte eröffnet Kindern neue Möglichkeiten der Kommunikation, des Wissenserwerbs und der Unterhaltung.

- familienergänzende und für alle bezahlbare Angebote wie Krippen, Tagesschulen/Hort, Blockzeiten, Mittagstische und Aufgabenhilfe. Die Leistungserbringer arbeiten mit dem Elternhaus und mit der Schule zusammen.

- eine Strukturreform der Aargauischen Volksschule. Der Aargau passt seine Struktur an die Mehrheit der Kantone an und übernimmt das Modell 8/3. → Seite 12

## KOMMENTAR

## Panini & SAH

Die Fussball-Weltmeisterschaft ist eröffnet. «Hopp Schwiiz!», tönt's tausendfach durchs Land. Schöne Stadien und knurrende Löwen flimmern über den Bildschirm. Ein Fortschritt für Südafrika, das während der Apartheid-Jahrzehnte Sinnbild für die Her-



rennensch-Mentalität der weissen Minderheit war? Leider nein. Vom Fussballfest werden nur wenige profitieren.

Eine nachhaltige Entwicklung ist nicht in Sicht. Die wirtschaftliche Apartheid Südafri-

kas bleibt wie in manch anderen Ländern des Südens bestehen. Um so wichtiger ist der Einsatz der Gewerkschaften für anständige Arbeitsbedingungen, der Kampf gegen Ausbeutung und zunehmende Verelendung. Auch wenn in unserem Land noch viel zu tun ist: Das Elend anderswo auf der Welt und die enormen Herausforderungen unserer Schwestergewerkschaften in den Ländern des Südens dürfen wir nicht vergessen. Auch hier braucht es unsere Solidarität. Ich denke vorab an die traditionellen Hilfsorganisationen der Gewerkschaften und der SP, an das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH und an den solifonds. Deren Hilfsleistungen sind gewerkschaftspolitisch geprägt. Sie helfen da, wo Gewerkschaften unterdrückt werden, wo die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füssen getreten werden.

Ihre Hilfe ist unmittelbar und für die Betroffenen direkt spürbar. Das SAH setzt sich in 55 Projekten in 11 Ländern ein für Gerechtigkeit und Solidarität. Auch in Südafrika! Eine Panini-Box weniger erlaubt die Überweisung von 80 Franken auf das PC-Konto 80-188-1 des SAH!

**Urs Hofmann** von Aarau ist Aargauer SP-Regierungsrat.

## AGENDA

28. Juni

- **Neumitgliederanlass**  
18–19 Uhr im KiFF in Aarau
- **Ausserordentlicher Parteitag**  
19 Uhr im KiFF in Aarau mit anschl. Fussballspiel und Grillen

6. Juli

- **Grillabend mit den Super-sammlerinnen**  
(Initiativen Kinder, AKB und AEW)  
ab 18 Uhr im Garten des Volkshauses in Aarau

Das Parteisekretariat bleibt während den Ferien vom 19. Juli bis zum 9. August geschlossen.

## 5. caféCantonal



**SAMSTAG, 19. JUNI 2010**  
9.30 BIS 11.30 UHR  
IM PARK HINTER DEM  
GROSSRATSGEBÄUDE  
(BEI SCHLECHTWETTER IM GROSSRATSSAAL)

**AARAU**  
**MENU**  
TOUR D'HORIZON  
DURCH DIE AARGAUER POLITIK  
SERVIERT VON  
REGIERUNGSRAT URS HOFMANN  
DESSERT: FRAGEN DER BEVÖLKERUNG

Alle sind zum 5. CaféCantonal und zum anschliessenden Apéro eingeladen.

## IMPRESSUM

SP Aargau  
Bachstrasse 43  
Postfach, 5001 Aarau  
Telefon 062 834 94 74  
Fax 062 834 94 75  
sekretariat(at)sp-aargau.ch  
www.sp-aargau.ch  
Redaktion: Katharina Kerr  
katkerr(at)katkerr.ch

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Andrea Arezina, Lotty Fehlmann Stark, Marco Hardmeier, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Sonia Regna, Doris Stump.

## JUSO 1:12-INITIATIVE

## 1:12 auch in deiner Sektion?

**Bestimmt hast du auch schon von der 1:12-Initiative der JUSO Schweiz gehört. Die 1:12-Initiative will, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Kurz gesagt: Die 1:12-Initiative schafft gerechte Löhne, stoppt Abzocker und lässt das Volk über die Spielregeln entscheiden.** Andrea Arezina

Seit dem letzten Oktober haben tatkräftige AktivistInnen aus der ganzen Schweiz über 62000 Unterschriften für die Initiative gesammelt. Die samstäglichen Sammelaktionen im Aargau zeigen, dass die 1:12-Initiative den Nerv der Zeit trifft. Die Leute sind wütend auf die Abzocker und gleichzeitig froh, mit ihrer Unterschrift ein Zeichen setzen zu können. Manche würden am liebsten drei Mal unterschreiben, damit die Initiative schneller zustande kommt.

Die Lohnentwicklung der letzten Jahre und die Wirtschaftskrise zeigen, dass es die 1:12-Initiative mehr denn je braucht. Zwischen 2002 und 2007 sind die Reallöhne um weniger als drei Prozent gestiegen. In der gleichen Zeit weisen die Managerlöhne ein Wachstum von 80 Prozent auf.

Seite 11 →

- genügend Ressourcen in der Volksschule, um einen qualitativ guten Unterricht sicher zu stellen. Der Kanton sorgt für genügend und gut qualifizierte Lehrpersonen auf allen Stufen.
- zusätzliche Ressourcen für die integrative Schulung, die Begabungsförderung und für unterstützende Massnahmen zur Umsetzung des Sonderschulkonkordats.
- Zusatzlektionen für Kindergärten und Schulen in sozial überdurchschnittlich belasteten Gemeinden. Der Bedarf an Zusatzlektionen ist dringend, besonders in Realschulen.
- ein institutionalisiertes Angebot der Schulsozialarbeit. Fachkräfte der Sozialen Arbeit arbeiten direkt im Schulhaus und bieten dort Beratungen und Kriseninterventio-



Heute besitzen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 73 Prozent des ganzen Vermögens in der Schweiz. Und was machen die Abzocker in den Teppichetagen nach der Wirtschaftskrise? Als hätte es die Krise nie gegeben, zahlen sie sich weiterhin exorbitante Löhne aus. Das Paradebeispiel ist Brady Dougan, CEO der Credit Suisse, der letztes Jahr ein Salär von 91 Millionen abkassierte.

Doch gemeinsam können wir wieder gerechte Löhne in unserem Land schaffen. Die JUSO würden darum gerne in deiner Sektion vorbei kommen und die 1:12-Initiative vorstellen. Gerne beantworten wir auch kritische

Fragen. Wir würden uns über eine Einladung sehr freuen.

*Kontaktadresse: Andrea Arezina, aarezina@juso.ch, 079 504 78 17*



Andrea Arezina von Baden ist Präsidentin der JUSO Aargau.

## 6. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 24. Juni 2010  
19.30 bis 21.00 Uhr

Ref. Kirchgemeindehaus  
Feldstrasse 15, Aarburg

**Bericht von der Sommersession**  
mit offerierter Suppe

und Gastreferat:  
Bericht aus dem Europarat  
**Doris Stump**, Nationalrätin

Es laden ein: SP Bezirk Zofingen  
und Komitee pro Max Chopard-Acklin

Das Positionspapier Bildung ersetzt die Version von 2008. Autorin/Autoren: **Kathrin Nadler, Thomas Leitch** und **Hans Zbinden**.